

Aus:

Sybille Bauriedl (Hg.)

Wörterbuch Klimadebatte

November 2015, 332 Seiten, kart., 29,99 €, ISBN 978-3-8376-3238-5

Grünes Wachstum, Nullemission, Energiewende, ökologische Modernisierung. Die Klimadebatte hat ihr eigenes Vokabular hervorgebracht, dessen Begriffe eine strukturkonservative Agenda transportieren: Mit marktbasierter Klimaschutzinstrumenten, grüner Technologie und globalem Management sollen die lebenswichtigen Funktionen der Atmosphäre bewahrt und gleichzeitig ungebremstes Wachstum ermöglicht werden. Dieses Ideal der Industriegesellschaften hat jedoch den Klimawandel verursacht und wird nun zu dessen Lösung umgedeutet.

Im »Wörterbuch Klimadebatte« analysieren Expert_innen aus Sozial-, Politik- und Kulturwissenschaften über 40 Schlüsselbegriffe des Klimadiskurses, die diese Utopie plausibel und alternativlos erscheinen lassen, und zeigen notwendige Perspektiven jenseits einer neoliberalen Klimapolitik.

Sybille Bauriedl ist am Geographischen Institut der Universität Bonn tätig.

<https://klimadebatte.wordpress.com>

Weitere Informationen und Bestellung unter:

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-3238-5

Inhalt

Einleitung

Sybille Bauriedl | 9

Agrartreibstoffe

Melanie Pichler | 23

Anthropozän

Christoph Görg | 29

Bioökonomie

Sarah K. Hackfort | 37

CO₂-Abscheidung und -Speicherung

Timmo Krüger | 43

Effizienzrevolution

Tilman Santarius | 51

Energiedemokratie

Sören Becker, Matthias Naumann, Laura Weis | 57

Energieeffiziente Kocher

Harry Hoffmann | 65

Energiewende

Stefanie Baasch | 73

Entkopplung

Tilman Santarius | 81

Geoengineering

Thilo Wiertz | 87

Geschlechtsspezifische Verwundbarkeit

Sybille Bauriedl, Sarah K. Hackfort | 95

Globales Umweltmanagement

Ulrich Brand, Christoph Görg | 103

Inwertsetzung von Natur

Christoph Görg | 109

Klima-Governance

Achim Brunnengräber | 117

Klimaanpassung

Kristina Dietz, Achim Brunnengräber | 127

Klimabewegung

Philip Bedall | 133

Klimaflüchtlinge

Carsten Felgentreff | 141

Klimafreundlicher Konsum

Ines Weller | 149

Klimagerechtigkeit

Achim Brunnengräber, Kristina Dietz | 157

Klimakatastrophe

Tobias Schmitt | 163

Klimakompatible Entwicklung

Detlef Müller-Mahn | 171

Klimakonflikte

Jürgen Scheffran | 179

Klimaneutralität

Sybille Bauriedl | 187

Klimavulnerabilität

Kristina Dietz | 195

Klimawissenschaften

Werner Krauß | 201

Nachhaltigkeit

Melanie Pichler | 209

Nullemission

Sybille Bauriedl | 217

Ökologische Modernisierung

Timmo Krüger | 225

Partizipation

Stefanie Baasch | 233

Planetarische Grenzen

Christoph Görg | 239

Raumschiff Erde

Bettina Köhler | 245

REDD+

Jutta Kill | 253

Resilienz

Sabine Höhler | 261

Smart City

Bettina Köhler | 269

Sozial-ökologische Transformation

Ulrich Brand | 277

Suffizienz

Uta von Winterfeld | 283

Wachstum und Wohlstand

Ulrich Brand | 289

Weltbürgergesellschaft

Malte Timpte | 297

Weltklimarat

Timmo Krüger | 305

Wissensunsicherheit

Stefanie Baasch | 313

Autorinnen und Autoren | 321

Wachstum und Wohlstand

Ulrich Brand

Das enge Band zwischen Wirtschaftswachstum und Wohlstand ist in den frühindustrialisierten Ländern gerissen. Kapitalistisch betriebenes Wirtschaftswachstum führt zunehmend zu Problemen wie Klimawandel und Umweltzerstörung, wachsender Ungleichheit und potenziell zu Instabilität. Und es erschwert die Entwicklung gesellschaftlicher Alternativen. Ein anderes Verständnis von Wohlstand ist daher notwendig.

Unhinterfragtes Wirtschaftswachstum

Wirtschaftswachstum, die in Geld gemessene Zunahme der jährlichen Produktion von Waren, wirkt weiterhin als verteilungspolitische Versöhnungsformel kapitalistischer Gesellschaften. Das zeigt sich in der aktuellen Krise deutlich und hat durchaus einen materiellen Kern: Denn damit wachsen nicht nur tendenziell die Profite der Unternehmen und Investor_innen, sondern unter Umständen auch die finanzielle Grundlage des Staates und die Einkommen der Beschäftigten. Besonders in Zeiten ökonomischer Krisen wird deutlich, was es bedeutet, wenn ökonomisches Wachstum nicht gesichert ist. Unter Bedingungen eines sich globalisierenden Kapitalismus sind Wachstumsfragen eng verbunden mit solchen der Wettbewerbsfähigkeit.

Die historischen Kämpfe der Arbeiterbewegung haben dazu geführt, dass die wachstums-, wirtschafts- und verteilungspolitischen Dimensionen gesellschaftlicher Entwicklung stark politisiert sind. Auch die internationalen (imperialen) Voraussetzungen kapitalistischen Wirtschaftswachstums, d.h. die Tatsache, dass Menschen in Kolonien oder peripheren Ländern zu schlechteren Bedingungen arbeiten und durch den internationalen Handel zum Reichtum in den wohlhabenden Ländern beitragen, wurde bereits Mitte des 19. Jahrhunderts und dann insbesondere in der Imperialismus-Debatte vor 100 Jahren zum Thema (etwa Luxemburg 1913). Andere Aspekte wurden dabei an den Rand gedrängt und teilweise erst später wichtig: etwa Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit, die Politisierung der Umwelt-

belastungen des Wachstums und des damit verbundenen Produktionsmodells.

Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit werden von unterschiedlichen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Schulen in ihren Grundlagen und Wirkungsmechanismen kaum hinterfragt. Neoklassische und neoliberale Ansätze wollen das Wachstum durch liberalisierte und deregulierte Märkte und gestärkte Investoreninteressen fördern. Entsprechend wird in der aktuellen Krise in vielen Ländern für Anpassungen der Staatsausgaben, Privatisierungen und die Deregulierung der Arbeitsmärkte plädiert (Austeritätspolitik). Demgegenüber weisen keynesianische Ansätze darauf hin, dass Ungleichheit eine zentrale Ursache für fehlendes Wachstum sei. Die Vermögensbesitzer_innen würden stärker sparen als konsumieren, was zu Problemen bei der effektiven Nachfrage führe. Deshalb müssten die Löhne steigen. Zudem sollte in Krisenzeiten die Rolle des Staates gestärkt werden, damit dieser antizyklische Konjunkturpolitik betreiben könne. Beiden Orientierungen ist aber gemeinsam, dass wirtschaftliches Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit gesichert bzw. gesteigert werden soll. Sie sind in gewisser Weise Grundvoraussetzung und Zielmarke wirtschaftspolitischen Handelns.

Ungebremstes Wirtschaftswachstum als Gesellschaftsmodell

Beiden Ansätzen gemeinsam ist die Überzeugung, dass die Klima- und Umweltpolitik dem Wirtschaftswachstum nicht entgegenstehen sollte. Im Gegenteil: Geeignete politische Rahmensetzungen sollten das Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit fördern und im besten Fall nicht umweltschädlich sein (vgl. Brand 2012). Marktbasierte und sogenannte flexible Instrumente sollen Klimapolitik für Unternehmen und Finanzmarktakteure attraktiv machen und zu entsprechenden Investitionen anregen. Klimapolitik wird explizit als Politik eines »nachhaltigen Wirtschaftswachstums« verstanden, weil damit der Klimawandel besser bearbeitet werden könne (Art. 3 der Klimarahmenkonvention). Die neoklassisch/neoliberale Position wird von der Annahme getragen, mit zunehmendem technologischen Fortschritt können die Umwelt- und Klimaprobleme bearbeitet werden.

Es hat sich in den letzten Jahren eine Debatte entwickelt, in der die mit einer engen Orientierung am Wirtschaftswachstum verbundenen Probleme durchaus anerkannt werden. Diese Diskussion wird auch in klimapolitischen Kommissionen von Regierungen, Parlamenten und internationalen Organisationen geführt (vgl. etwa OECD 2011; EU-Kommission 2009; Enquete-Kommission 2013). Es wird in der Debatte davon ausgegangen, dass Wohlstand eben nicht nur an der in Preisen ausgedrückten gesellschaftlichen Wirtschaftsleistung und individuellem Einkommen hängt, die wiederum auf zunehmender Erwerbsarbeit und Arbeitsproduktivität basieren. Andere Dimensionen sind

Gesundheit und Bildung, Lebenserwartung bzw. die Länge eines gesunden Lebens, intakte soziale Kontakte, die Qualität der Arbeit sowie ein nicht schädigendes Verhältnis zwischen Arbeit und Nicht-Arbeit (*work-life-balance*), Chancengerechtigkeit, persönliche Sicherheit und individuelle Freiheiten, politische Partizipationsmöglichkeiten und lebenswerte Umwelt. Initiativen wie *Beyond GDP* der EU-Kommission oder »Wachstum im Wandel« der österreichischen Bundesregierung sind wichtige Beiträge zur Diskussion um Wirtschaftswachstum auf europäischer und nationaler Ebene. In den letzten Jahren werden daher verstärkt die erwähnten Probleme einer Fixierung auf kapitalistisch getriebenes Wachstum zur Diskussion gestellt, die bisher öffentlich und politisch zu wenig thematisiert wurden.

Und dennoch: Allen Kritiken zum Trotz wird Wirtschaftswachstum in der gesellschaftspolitischen Debatte und in den dominanten Politiken weiterhin mit steigendem Wohlstand gleichgesetzt. Ein »Wachstumsbeschleunigungsgesetz« in Deutschland beruht eben auf jener Setzung, die historisch für eine gewisse Zeit durchaus den Erfahrungen großer Teile der Bevölkerung entsprach. Die Evidenz der Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum wird alltäglich produziert. Das geschieht auch durch das Gegenbild, nämlich ausbleibendes kapitalistisches Wachstum, was unter den aktuellen ökonomischen, politischen und (alltags-)kulturellen Bedingungen zur Krise führen muss. Damit wird eine wichtige Entwicklung übergangen: Wirtschaftswachstum und dessen wirtschaftspolitische Orientierung schafft selbst vielfach Instabilität.

Soziale und ökologische Kosten ungebrochener Akkumulation

Seit der neoliberalen Wende wird deutlich, dass sich Wachstum und Wohlstand entkoppeln. Der Finanzmarktkapitalismus führt zuvorderst zu steigenden Einkommen der Vermögensbesitzer_innen. Die Ergebnisse des Wirtschaftswachstums werden immer selektiver verteilt. Zudem werden nicht unbedingt neue Arbeitsplätze geschaffen (*jobless growth*) oder Arbeitsplätze in flexibilisierten und Niedriglohnbereichen (vgl. Dörre et al. 2014). Die Verdichtung der Arbeitszeit und die zunehmend entscherten Arbeitsverhältnisse führen zu Stress, Unsicherheit und Unzufriedenheit der Arbeitnehmer_innen, aber auch zu Druck auf die unbezahlte Sorgearbeit (Biesecker 2014). Ökonomische, politische und kulturelle Beschleunigung (Rosa 2012) wird immer weiter vorangetrieben und generiert Instabilität und Probleme. Richard Wilkinson und Kate Pickett zeigen mit dichtem empirischem Material: »Wirtschaftswachstum war für lange Zeit Motor des Fortschritts, doch in den reichen Ländern ist dieser Antrieb inzwischen weitgehend erschöpft. Das ökonomische Wachstum ist nicht mehr wie einst von Maßnahmen für das Wohlergehen und Wohlbefinden der Bürger begleitet. Schlimmer noch: Langfristig haben Ängste, Depressionen und andere soziale Probleme mit wachsendem Wohlstand zu-

genommen.« (Wilkinson/Pickett 2010: 20) Wachstum erhöht die intra- und intergenerationelle Ungerechtigkeit, etwa durch zunehmenden Statuskonsum und positionalen Wettbewerb heute oder – auf die Zukunft bezogen – die Verschlechterung der Lebensbedingungen künftig lebender Menschen (Muraca 2014).

Die Orientierung an kapitalistisch betriebener Wachstum führt neben den sozialen Kosten zu enormen Umweltproblemen. Ausgehend von der Studie »Grenzen des Wachstums« (Meadows et al. 1972) entwickelte sich eine intensive wissenschaftliche und gesellschaftspolitische Debatte über die zerstörerischen Implikationen auf zunehmender Ressourcennutzung basierender wirtschaftlichen Aktivitäten. Es gibt, so die zentrale Annahme der Debattenbeiträge, Grenzen des Ressourcenverbrauchs und Möglichkeiten der Energieumwandlung. Das weitere Wachsen der Produktion von Gütern und Dienstleistung, insbesondere von kurzlebigen Gütern, schafft eben auch potenzielle und reale soziale Instabilität. Ressourcen für den Akkumulationsprozess müssen beschafft werden, was immer weniger konfliktfrei und ausschließlich über den Markt abläuft. Diese Diskussion wird seit den 1990er Jahren ergänzt durch die Grenzen der Aufnahmefähigkeit von Emissionen in der Atmosphäre und Stratosphäre bzw. die Re-Absorption durch die sogenannten Kohlenstoffsenken, insbesondere Wälder und Meere (→ REDD). Der Klimawandel schafft zusätzliche Unsicherheiten inklusive der berüchtigten »Kippunkte« des regionalen und globalen Klimas. Oder des Auftauens von Permafrostböden, womit unvorstellbare Mengen an Methangas freigesetzt werden (→ Unsicherheit). Seit einigen Jahren wird diese Perspektive ergänzt durch die als problematisch eingeschätzte Zerstörung zusammenhängender Ökosysteme und das Erreichen »planetarischer Grenzen« (Rockström et al. 2009; kritisch zur Metapher der »Grenzen« Dietz/Wissen 2009). Neben den breit diskutierten sozialen und ökologischen Dimensionen wird ein Aspekt häufig übersehen: Wirtschaftliches Wachstum und die wirtschaftspolitische Fixierung darauf ist eng verbunden mit kapitalistischer Herrschaft (Brand 2014). Die kapitalistische Dynamik wird angefeuert durch die Dominanz des Tauschwertes über den Gebrauchswert. Das Kapital macht sich auf die rastlose Suche nach Verwertung, ob auf den Finanzmärkten, durch Investitionen in Industrie oder Dienstleistung und die damit verbundene Inwertsetzung der Arbeitskraft, durch den Kauf von Land oder die Ausbeutung von Ressourcen. Der kapitalistischen Wachstumsmaschinerie ist die Tendenz zur Überakkumulation und Überproduktion inhärent. Teil der Wachstumsmaschinerie sind aber auch die Abhängigkeit von Erwerbsarbeit sowie die Finanzierung des Staates durch Steuerabgaben.

Die meisten Menschen erkennen weitgehend unfreiwillig und machtlos als Lohnabhängige nicht nur die kapitalistische Wachstumsmaschinerie an, sondern auch die darunter liegenden Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse.

Das im Denken und Handeln nicht Hinterfragbare sichert Verhältnisse von Dominanz und Unterwerfung, Reichtum und Armut, Einschluss und Ausschluss. Herrschaft ist auch eine bestimmte Form der Politik, nämlich eine an Staat und Parteien ausgerichtete, welche sich stark an der Etablierung politisch angemessener kapitalistischer Wachstumskonstellationen orientiert.

Zugespitzt ausgedrückt: Die Menschen werden in der kapitalistischen Wachstumszange gehalten durch die Angst vor Verlust ihrer Lebensgrundlage, nämlich der Erwerbsarbeit, und dem damit verbundenen Statusverlust. Die herrschende Produktions- und Lebensweise hat viel mit Herrschaft zu tun. »Geiz ist geil« und »Kauf dich glücklich« sind falsche, aber Herrschaft sichernde Versprechen. Der Produktivismus unter dem Diktum globaler Wettbewerbsfähigkeit bedeutet kapitalistische Herrschaft im Betrieb und außerhalb führt zu Arbeitsverdichtung und *burn-out*. Diese kapitalistische Arbeitsform basiert neben der Klassendifferenzierung auch auf rassifizierter, geschlechtsspezifischer und internationaler Arbeitsteilung und reproduziert diese gleichzeitig permanent (→ Geschlechtergerechte Klimaanpassung).

Wohlstand und Verteilungsgerechtigkeit ohne Wachstum

Während die genannten keynesianischen Ansätze mit geeigneten staatlichen Politiken die Macht der Vermögensbesitzer_innen einschränken und den Finanzmarktkapitalismus verändern wollen, argumentieren kritischere Ansätze, dass der kapitalistische Akkumulationsimperativ und die damit verbundenen Herrschaftsverhältnisse verändert werden müssen (Thie 2013).

Das zweite Argument führt zu einem alternativen Wohlstandsbegriff, der auf politische Gestaltung, ökologisch verträgliche Produktion und ein attraktives Leben für alle Menschen setzt. Das bedeutet in seiner Konsequenz, dass die de-stabilisierenden Formen des kapitalistischen Wachstums und die damit verbundenen Interessen verändert werden müssen. Dieser Prozess wird von sozial-ökologischen Konflikten begleitet sein, die im Horizont einer sozial-ökologischen Transformation geführt werden (Brand/Pühl/Thimmel 2013) (→ sozial-ökologische Transformation).

Immer mehr Menschen wehren sich gegen die Zumutungen aktueller Politik, sie wollen längst anders leben und arbeiten: sozial, ökologisch und gemeinsam. Die Kämpfe gegen Prekarisierung und für gute Arbeit, für selbstbestimmtes Wohnen und lebenswerte Städte, *urban gardening*, solidarische Ökonomie, die *Commons*-Bewegung und die Gründung von Energiegenossenschaften sind ihre unmittelbaren Antworten. Ihr Protest und ihre Ideen finden jedoch keinen Widerhall in den Talkshows und Expert_innenrunden. Das Versprechen »Wachstum gleich Wohlstand« wird immer weniger geglaubt und real erfahren. Und dennoch – das ist die Ambivalenz einer progressiven Position – bleibt steigender materieller Wohlstand eine wichtige Orientierung.

Ein nachhaltiges Wirtschaftssystem bedarf politischer Rahmenbedingungen wie etwa einer ökologischen Steuerreform und strikter Obergrenzen für den Verbrauch von Ressourcen und den Ausstoß von Emissionen. Notwendig sind kulturelle Veränderungen wie etwa der Abbau des Konsumismus, Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit, der Abbau von Einkommensungleichheit, die Möglichkeit zu Selbstbestimmung für die Menschen sowie Unterstützung der Länder des Globalen Südens beim Umbau ihrer Ökonomien hin zu einer solidarischen Produktions- und Lebensweise (Jackson 2011: 175ff.; ähnlich Martínez Alier et al. 2010; Muraca 2014; Habermann 2009; Paech 2012). Ein progressives Wohlstandsverständnis muss den Wachstumstreiber des Kapitalismus, nämlich das tief in die ökonomischen und politischen Institutionen, aber auch in den Alltag und die Subjektivität der Menschen eingelassene kapitalistische Profit- und Konkurrenzprinzip, zurückdrängen.

Weblinks

Blog von deutschen Umweltforschungsinstituten und dem NRO-Netzwerk De-Growth zur Postwachstumsgesellschaft: blog.postwachstum.de
 Informationen der Initiative *Beyond GDP* der EU-Kommission zur Wachstums- und Wohlstandsdebatte: www.beyond-gdp.eu
 Informationen und Links der Initiative »Wachstum im Wandel« der österreichischen Regierung zur Wachstumsdebatte: www.wachstumimwandel.at
 Kommentierung der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« aus NRO-Perspektive: www.enquetewatch.de

Literatur

Biesecker, Adelheid (2014): Die ganze Arbeit im Blick. Gutes Leben braucht Vorsorgen. In: Kurswechsel 2: 60-66.
 Brand, Ulrich (2014): Kapitalistisches Wachstum und soziale Herrschaft. Motive, Argumente und Schwächen aktueller Wachstumskritik. In: Prokla 175: 289-306.
 Brand, Ulrich/Puhl, Katharina/Thimmel, Stefan (Hg.) (2013): Wohlstand – wie anders? Linke Perspektiven. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
 Dietz, Kristina/Wissen, Markus (2009): Kapitalismus und »natürliche Grenzen«. Eine kritische Diskussion ökomarxistischer Zugänge zur ökologischen Krise. In: Prokla 159: 351-370.
 Dörre, Klaus/Jürgens, Kerstin/Matuschek, Ingo (Hg.) (2014): Arbeit in Europa. Marktfundamentalismus als Zerreißprobe. Frankfurt a.M./New York: Campus.

- Enquete-Kommission (2013): Schlussbericht der Enquete-Kommission »Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität« des Deutschen Bundestages. Drucksache 13/300. Berlin: Deutscher Bundestag.
- EU-Kommission (2009): Das BIP und mehr. Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel. KOM (2009): 433.
- Habermann, Friederike (2009): Halbinseln gegen den Strom. Anders leben und wirtschaften im Alltag. Königstein: Ulrike Helmer.
- Jackson, Tim (2011): Wohlstand ohne Wachstum. Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt. München: Oekom.
- Luxemburg, Rosa (1913): Die Akkumulation des Kapitals. In: Rosa Luxemburg. Gesammelte Werke. Band 5. Berlin: Dietz.
- Martínez Alier, Joan/Pascual, Unai/Vivien, Franck-Dominique/Zaccai, Edwin (2010): Sustainable de-growth. *Ecological Economics* 69(9): 1741-1747.
- Meadows, Donella H./Meadows, Dennis L./Randers, Jorgen/Behrens, William W. (1972): Die Grenzen des Wachstums. Stuttgart: DVA.
- Muraca, Barbara (2014): Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums. Berlin: Wagenbach.
- OECD (2011): How's Life? Measuring well-being. Paris: OECD.
- Paech, Niko (2012): Befreiung vom Überfluss. München: Oekom.
- Rockström, Johan et al. (2009): Planetary Boundaries. Exploring the safe operating space for humanity. In: *Ecology and Society* 14(2): 32-59.
- Rosa, Hartmut (2012). Weltbeziehungen im Zeitalter der Beschleunigung. Umrisse einer neuen Gesellschaftskritik. Berlin: Suhrkamp.
- Thie, Hans (2013): Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft. Hamburg: VSA.
- Wilkinson, Richard/Pickett, Kate (2010): Gleichheit ist Glück. Berlin: Hoffmann & Tolkemitt.